Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 136. Sonnabend, den 12. Juni 1926. 45. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsch-russische Vertrag wurde im Reichstag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

* Im Reichstag entspannen sich bei der Beratung über die Fürstenabfindung und den Hindenburg-Brief an Loebell stürmische Szenen. Der Kompromißentwurf der Regierung wurde schließlich dem Rechtsausschuß überwiesen.

* Im Lützow-Prozeß wurde der Angeklagte in allen ihm zur Last gelegten Fällen freigesprochen.

* Der Landbundführer, Frhr. von Wangenheim, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Hindenburg und Volksentscheid.

Stürmische Reichstagssitzung.

Endlich kamen im Reichstage die beharrlichen Tribünenbesucher zu ihrem Recht, die seit Anfang der Woche unentwegt die Bänke gefüllt hatten, um jedesmal enttäuscht zu bleiben. Denn Donnerstag erst gelangte man zu dem erwarteten Ereignis der Debatte über die Fürstenabfindung. Friedlich genug setzte die Schlacht ein mit der Begründung des neuen Kompromißentwurfes der Regierung, der sich im wesentlichen mit dem früheren Ausgleichsvorschlag der Mittelparteien deckt. Reichskanzler Marx in Person begründete den Entwurf und erklärte dazu deutlich genug, das Verlangen des bevorstehenden Volksentscheides sei für die Reichsregierung nicht annehmbar. Es sei nicht vereinbar mit der Idee eines Rechtsstaates. Die Reichsregierung halte es aber für ein innerpolitisches Gebot, eine befriedigende Lösung zu finden. Auch bei einem Scheitern des Volksentscheides werde sie mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung dringen, und wenn sich diese im jetzigen Reichstag nicht ermöglichen lasse, werde sie sich nicht scheuen, alle ihr geboten erscheinenden Folgerungen zu ziehen. Das hieß also, die Regierung will auch vor einer Auflösung des Reichstages nicht zurückschrecken. Die Erklärung des Kanzlers bedeutete so etwas wie eine kleine Sensation. Doch sie sollte überboten werden. Der sozialdemokratische Redner Müller-Franken wandte sich scharf gegen den Brief des Reichspräsidenten an Herrn v. Loebell und sagte, es könne nicht Aufgabe eines Staatsoberhauptes sein, einseitig in solcher Weise Partei zu ergreifen. Abermals trat der Kanzler Marx vor und führte aus, nur Äußerungen des Reichspräsidenten, die er von sich gebe in Ausübung seiner ihm verfassungsmäßig zustehenden Staatsgewalt, bedürften der ministeriellen Gegenzeichnung. Bei dem Briefe an Herrn v. Loebell handle es sich um eine Privatmeinung des Reichspräsidenten. Er habe seine verfassungsmäßige Stellung nicht mißbraucht.

Bei diesen Darlegungen brach der Sturm los und das Haus wurde minutenlang von einem Tumult durchtobt, wie er sich nicht allzuoft in diesen auch sonst nicht immer von frommer Denkungsart erfüllten Hallen abspielt. Von ganz links wird mit Bezug auf den Reichspräsidenten immer wieder der vom Präsidenten gerügte Ausdruck „Wortbrecher“ gerufen, von rechts tönt es zurück: „Verbrecher! Unerhört! Freche Kerle!“ Einen Augenblick sieht es aus, als wollte man sich gegenseitig an die erhitzten Köpfe fassen. Auch die Natur außerhalb des „Hohen Hauses“ scheint sich in den Skandal mischen zu wollen, denn mit Donner und Regengüssen klopft ein Gewitter auf das Dach. Abg. Barth findet endlich soviel Ruhe, um im Namen der Deutschnationalen dem Reichspräsidenten Dank für seine „Abwehr des Bolschewismus“ zu sagen, und preist ihn als getreuen Ekkehard des deutschen Volkes. Der Kommunist Neubauer ist entgegengesetzter Ansicht und erklärt Reichspräsident und Reichsregierung als verbündete monarchistische Schutztruppe. Damit schien der Höhepunkt des Tages überschritten zu sein. Es war nicht der Fall. Es folgte vielmehr der in politischer Beziehung vielleicht bedeutungsvollste Abschnitt. Der Zentrumsführer v. Guérard, der vorher im Namen der drei Regierungsparteien die Zustimmung zum Kompromiß formuliert hatte, erschien wieder am Rednerpult und kündigte kurz und knapp dem Fraktionsgenossen Marx, dem Reichskanzler, die Gefolgschaft des Zentrums in Sachen des Loebell-Briefes. Das Zentrum sei der Ansicht, die Meinungsäußerung des Reichspräsidenten sei nicht als private Handlung aufzufassen, und nie und nimmer wäre das Vorgehen Herrn v. Loebells zu verteidigen. Das krachte wie ein verspäteter Blitz in das Haus, so daß die kurzen Erklärungen des Demokratenführers Koch, des Volksparteilers Mollath und des völkischen Parteiführers von Graefe zum Standpunkt ihrer Parteien fast unbeachtet blieben. Das Zentrum wendet sich öffentlich gegen den Vorsitzenden der Partei, der zugleich Reichskanzler ist! Ein bisher kaum für möglich angesehener Vorgang. Wie werden die gewandten Zentrumsdiplomaten diese so plötzlich sichtbar gewordene Kluft überbrücken?

Die Kompromißvorlage wurde schließlich dem Rechtsausschuß zur Erledigung möglichst noch vor dem 20. Juni, dem Tage des Volksentscheides, überwiesen. So möchte es die Regierung, aber kaum jemand glaubt an die Erfüllung dieses Wunsches. Zio.

Sitzungsbericht.

(210. Sitzung.) CB. Berlin, 10. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte, die kommunistische Interpellation über den bekannten Brief des Reichspräsidenten v. Hindenburg damit zu verbinden.

Reichskanzler Dr. Marx

erklärte sich damit einverstanden und begründete dann die Regierungsvorlage, wobei er ausführte: Der vorliegende Entwurf entspringt dem Versuch des Reichstages, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den früher regierenden Fürstenhäusern durch Initiativgesetz herbeizuführen. Die Regierung hat dieses gesetzgeberische Vorgehen von vornherein begrüßt und hat es in allen Phasen seiner Entwicklung mit Nachdruck unterstützt. Sie hat in eingehenden Verhandlungen die Regierungsparteien auf dem Boden dieses Kompromißgesetzentwurfes zusammengeführt und hat bei der Fassung des Entwurfs weitestgehend mitgewirkt. Sie hat schließlich, um über das Stadium der Ausschußberatungen hinweg zu positiven und praktischen Gesetzgebungsresultaten zu kommen, von sich aus den heute vorliegenden Gesetzentwurf beim Reichsrat eingebracht. Der Reichsrat hat diesen Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Die Reichsregierung legt entscheidenden Wert darauf, daß auf der Grundlage des jetzt zur Beratung stehenden Gesetzentwurfes

eine befriedigende Auseinandersetzung

mit den vormals regierenden Fürstenhäusern gefunden wird. Der Gesetzentwurf, der dem bevorstehenden Volksentscheid zugrunde liegt, ist nach Auffassung der Reichsregierung keine annehmbare Lösung. Die grundlegenden Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung in der Nachkriegszeit eingetreten sind, konnten die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern nicht unberührt lassen. Nach der verfassungsmäßigen Überwindung der Revolution mußten die Grundlagen des Rechtsstaates unversehrt bleiben. Zu diesen gehören:

Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und Unantastbarkeit des Privateigentums.

Die im Volksbegehren verlangte entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser ist unvereinbar mit diesem obersten Gebote eines Rechtsstaates und demgegenüber hält die Regierungsvorlage an der verfassungsmäßigen Grundlage fest, ohne die politischen und gesetzgeberischen Notwendigkeiten außer acht zu lassen, die sich aus dem Wegfall der staatlichen Hoheitsstellung der Fürsten und aus der durch Krieg und Inflation hervorgerufenen allgemeinen Volksverarmung ergeben. Die Auffassung der Reichsregierung, daß der vorliegende Gesetzentwurf eine befriedigende Lösung des Auseinandersetzungsproblems darstellt, wird von den Staatsregierungen der an der Lösung dieser Frage in erster Linie beteiligten Länder, insbesondere von denen Preußens und Thüringens, geteilt. Die Reichsregierung ist aber des weiteren auch der Auffassung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den dringenden Wunsch und den Anspruch hat, daß der Reichstag eine gesetzgeberische Lösung seinerseits findet. Sie hält es deswegen für

ein innerpolitisches Gebot,

das Gesetz, über dessen Einzelheiten monatelang in der eingehendsten Weise beraten worden ist, nunmehr mit aller nur möglichen Beschleunigung zu verabschieden. Die Reichsregierung möchte dabei keinen Zweifel lassen, daß es durchaus irrig wäre, anzunehmen, daß sie nach einem verneinenden Ergebnis des Volksentscheids von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen könne. Die Reichsregierung wird auch dann mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung im Geiste der Vorlage dringen und würde die hier geboten erscheinenden

Konsequenzen nicht scheuen,

falls sich im Reichstage endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte.

Eine Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. von Guérard (Ztr.) gab namens der Regierungsparteien eine Erklärung ab, worin es u. a. heißt: Die Regierungsparteien begrüßen die heutige Erklärung der Reichsregierung und nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Regierung gewillt ist, mit dem vollen Einsatz ihrer Verantwortlichkeit auf die Verabschiedung dieses Gesetzes hinzuwirken. Angesichts der Tatsache, daß im Lande befürchtet wird, im Falle der Ablehnung des Volksentscheids werde jede reichsgesetzliche Regelung scheitern, wollen die Regierungsparteien keinen Zweifel darüber lassen, daß sie den Erlaß eines die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Ländern und den Fürstenhäusern regelnden Gesetzes für unbedingt notwendig erachten. Das Gesetz werde den Fürsten nur das Vermögen belassen, welches sie

als unzweifelhaftes Privateigentum erworben

haben, und den Fürsten wird keine bessere Aufwertung zuteil als anderen Staatsbürgern. Andererseits werden die Fürsten auch nicht, wie es der Volksentscheid will, außerhalb der Grundrechte gestellt, auf die jeder Deutsche Anspruch hat.

Sozialdemokratischer Protest.

Abg. Müller-Franken (Soz.) gab ebenfalls eine Erklärung ab, in der es heißt: Der Reichspräsident sei unter Mißachtung seiner verfassungsrechtlichen Stellung veranlaßt worden, gegen den Volksentscheid einseitig Stellung zu nehmen. Er habe damit die neutrale Haltung aufgegeben, die er gegenüber innerpolitischen Streitfragen einzunehmen feierlich versprochen hat. Darin müsse man eine Verletzung der durch sein Amt gebotenen überparteilichen Haltung erblicken. Hindenburg nenne den Gesetzentwurf zum Volksentscheid einen Verstoß gegen Recht und Moral. Entspräche aber das dem Recht und der Moral, wenn Herzog Karl Michael von Mecklenburg, der bei Ausbruch des Krieges die deutsche Staatsangehörigkeit aufgab und sich die Anwartschaft auf die Thronfolge in Mecklenburg mit fünf Millionen abkaufen ließ, Erbansprüche stellt? Ferner verlange die montenegrinische, ehemals mecklenburgische Prinzessin Jutta eine Entschädigung von 14½ Millionen. Die Schmalkaldener Forsten würden von dem aus England gebürtigen ehemaligen Herzog von Koburg-Gotha beansprucht. Wilhelm II. besitze ein Millionengut in Holland und beanspruche nochmals 300 000 Morgen deutsches Land, Schlösser und Vermögensobjekte im Werte von 183 Millionen Goldmark. Die Schamlosigkeit der Fürstenansprüche sei erwiesen. — Der Redner wandte sich scharf gegen den Reichspräsidenten und erklärte, es sei nicht Aufgabe eines Staatsoberhauptes, in solcher Weise einseitig Partei zu ergreifen. Die Erklärung schloß mit einem Protest gegen die Parteilichkeit des Reichspräsidenten und forderte die Wähler auf, für den Volksentscheid zu stimmen. (Beifall bei den Soz.)

Der Hindenburg-Brief.

Ungeheure Tumultszenen.

Reichskanzler Dr. Marx gab darauf eine neue Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß nach der Reichsverfassung alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung bedürfen. Daraus ergäbe sich, daß damit nur Kundgebungen gemeint seien, die der Reichspräsident in unmittelbarer Ausübung seiner ihm verfassungsmäßig zustehenden Staatsgewalt erläßt. (Zurufe links: „Wortbrecher!“ Stürmische Entrüstungsrufe rechts. Die Deutschnationalen und die Völkischen erheben sich von ihren Plätzen. Es entsteht ein ungeheurer Tumult. Auf der Rechten ertönen laute Rufe: „Verbrechergesindel, Judenlümmel!“ Der völkische Abg. von Ramin ruft: „Kommen Sie doch her, Sie frecher Kerl!“ Großer Lärm und Unruhe im ganzen Hause.)

Der Kanzler fuhr fort: Persönliche Meinungsäußerungen des Reichspräsidenten wie im vorliegenden Falle stellen keine Anordnung und Verfügung im Sinne der Verfassung dar und sind nicht dazu bestimmt, unmittelbar in die Staatsgeschicke einzugreifen. (Dauernde lärmende Zwischenrufe links. Präsident Löbe erteilt eine Reihe von Ordnungsrufen.) Es ist daher festzustellen, daß die Kundgebung des Reichspräsidenten einer Gegenzeichnung nicht bedurfte. Die Richtlinien der Politik werden nach der Verfassung vom Reichskanzler bestimmt, der die Verantwortung dafür trägt. Eine entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Fürstenhäuser hat die Reichsregierung wiederholt als mit dem Grundsatz eines Rechtsstaates nicht vereinbar bezeichnet. Eine Mißachtung der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten liegt also nicht vor. (Großer Lärm links, Beifall rechts.)

Der getreue Ekkehard des deutschen Volkes.

Abg. Barth (Dtn.) stimmte der Ausschußüberweisung der Vorlage zu und erklärte, daß seine Fraktion der Vorlage gegenüber dieselbe Stellung einnehmen werde, wie sie schon bei den Kompromißverhandlungen im Rechtsausschuß eingenommen wurde. Die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser bedeute eine Verletzung der wichtigsten Grundlage des Rechtsstaates und der Forderungen der Wirklichkeit. Unter scharfer Zurückweisung der von der Linken erhobenen Vorwürfe gebühre dem Reichspräsidenten Dank dafür, daß er sich auch hier in der Abwehr gegen den Bolschewismus als getreuer Ekkehard des deutschen Volkes bewährt habe.

Als hierauf Abg. Neubauer (Komm.) das Wort nimmt, verlassen die meisten Abgeordneten der Rechten unter dem Gelächter der Kommunisten den Saal. Ein deutschnationaler Abgeordneter ruft: „Die Idioten bleiben drinnen!“ Abg. Neubauer bezeichnet die Vorlage als eine Heuchelei. Präsident Löbe ersucht ihn, nicht den Vorwurf der Heuchelei gegen die Regierung zu erheben. Die Gegner der Fürstenenteignung, so fährt Abg. Neubauer fort, führen ihren Kreuzzug für Landesverräter und Deserteure. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gleichzeitig mit der Interpellation über den Hindenburg-Brief ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Marx eingebracht.

Abg. v. Graefe (Völk.) verliest eine Erklärung des Inhalts, daß seine Fraktion die Regierungsvorlage ablehnt, weil sie in verschiedenen Punkten den Grundsätzen des Rechts widerspreche. Der Redner erklärt weiter, er lehne es ab, auf die sinnlosen Anwürfe gegen den Reichspräsidenten und auf die Beschimpfungen der Fürsten einzugehen.

Das Zentrum gegen Marx.

Abg. v. Guérard (Ztr.): Die Zentrumsfraktion vermag nicht anzuerkennen, daß die Angelegenheit des bekannten Briefes des Reichspräsidenten durch die lediglich auf die staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Seite der Sache eingehende Erklärung des Reichskanzlers erschöpft ist. (Hört! hört! links.) Der Brief des Reichspräsidenten ist an sich ein politischer Akt. (Sehr wahr!) Er behandelt die aktuellste politische Frage der Gegenwart, eine Frage von solcher Tragweite, daß sie das deutsche Volk in größtem Maße aufgewühlt hat. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Brief wegen der überparteilichen Stellung des Reichspräsidenten besser nicht geschrieben worden wäre. (Lebh. hört! hört!). Unverantwortlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist das Vorgehen des Reichsbürgerratsvorsitzenden v. Loebell und seiner Hintermänner. (Lebh. Zustimmung links und im Zentrum.) Das Wirken dieses Mannes ist geradezu volksfeindlich. Sein Vorgehen gegen die Integrität der Stellung des Reichspräsidenten ist im Interesse des Vaterlandes aufs tiefste zu bedauern. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt, die demokratische Fraktion könne sich der Erklärung des Reichskanzlers zum Hindenburg-Brief nicht anschließen. Sie halte an dem von Bismarck aufgestellten Grundsatz fest, daß das Staatsoberhaupt sich nicht ohne ministerielle Bekleidungsstücke in der Öffentlichkeit zeigen soll. Die Fraktion bedauert, daß man sich nicht gescheut hat,

den Reichspräsidenten in den Vordergrund des politischen Kampfes zu ziehen. Sie bedauert auch die Zwischenfälle, die sich an die Erklärung des Reichskanzlers geknüpft haben.

Abg. Mollath (Wirtsch. Vgg.) führte aus, daß die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern nichts zu tun hat mit der Staatsform, sondern sie soll nur die gerechte Festsetzung des tatsächlichen Privatvermögens der Fürstenhäuser ermöglichen. Eine entschädigungslose Enteignung des so festgestellten Privatvermögens stehe im schärfsten Widerspruch zur Verfassung und zu den Grundsätzen von Recht und Moral.

Damit schloß die Aussprache. Die Vorlage ist dem Rechtsausschuß überwiesen worden. Da der kommunistische Mißtrauensantrag noch nicht im Druck vorliegt, wird die Abstimmung darüber auf Vorschlag des Abg. Müller-Franken (Soz.) auf Freitag vertagt.

Der deutsch-russische Vertrag.

Es folgte die erste Beratung des deutsch-russischen Vertrages vom 24. April 1926. Reichskanzler Dr. Marx erklärte, daß der Außenminister durch Krankheit verhindert sei, die Vorlage zu vertreten. Der Vertrag bedürfe an und für sich nicht der Zustimmung des Reichstages. Angesichts seiner besonderen politischen Bedeutung habe sich die Reichsregierung aber entschlossen, diese Zustimmung trotzdem einzuholen. Auch deutscherseits sei aber anerkannt worden, daß das deutsch-russische Verhältnis der neu durch die Locarnoverträge geschaffenen politischen Situation angeglichen werden müßte. Diese Angleichung sei der eigentliche politische Sinn des Berliner Vertrages. Im Grunde werde dadurch politisch keine neue Lage geschaffen, sondern die gegebene geklärt. Die Locarnomächte hätten niemals verlangt; daß Deutschland in eine gemeinsame Front gegen Rußland eintrete. Deutschland denke auch nicht daran, durch diesen Vertragsabschluß etwa das Werk von Locarno aufzugeben. Es sei keine Überschätzung der politischen Rolle Deutschlands, sondern einfach eine Frage seiner zentralen Lage, wenn es versuche, die Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Deutschland müsse erwarten, daß diese Politik bei allen denen, die das gleiche friedliche Ziel verfolgen, nicht nur Verständnis, sodnern auch Unterstützung findet.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) gab im Namen aller Regierungsparteien eine kurze Erklärung ab, worin der Abschluß des Vertrages begrüßt und ihm zugestimmt wird.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärte die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Vertrage, der ein Werk des Friedens und eine willkommene Ergänzung des Locarnopaktes sei.

Abg. Dr. Hoetzsch (Dtn.) begrüßte gleichfalls den Vertrag.

Abg. Graf Reventlow (Völk.) erklärte, seine Freunde hätten die Zukunft der deutschen Politik immer im Osten gesehen. Sie könnten deshalb den Vertragsabschluß rückhaltslos begrüßen.

Abg. Schneller (Komm.) stimmte dem Vertrage zu und richtete Angriffe gegen den Völkerbund.

Der Vertrag wurde darauf in zweiter und dann auch in dritter Lesung angenommen.

Darauf wurde die Einzelberatung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetzes in zweiter Lesung fotrgesetzt. Es handelte sich meist um Abstimmungen, bei denen es im wesentlichen aber wie bisher bei den Beschlüssen des Ausschusses verblieb.

Der Rest der Vorlage wurde dann in zweiter Lesung angenommen und das Haus vertagte sich auf Freitag nachmittag. Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag und das Luftfahrabkommen mit Frankreich.

Die innerpolitische Spannung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der Kampf um die Fürstenenteignung hat zu bemerkenswerten scharfen Auseinandersetzungen im Reichstag geführt, weil natürlich von vornherein zu erwarten war, daß die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes in den Mittelpunkt dieses Kampfes treten mußte. Schließlich sind wir ja auch nur noch eine Woche von der Entscheidung entfernt und auf beiden Seiten werden daher immer schärfere Register aufgezogen. Man braucht das weiter nicht tragisch zu nehmen, wenn im Reichstag Lärm und Krach darob entsteht; schließlich ist doch wohl die größte Mehrzahl des deutschen Volkes über das Für und Wider des Volksentscheides genugsam unterrichtet.

Im Reichstag denkt man aber schon nach über das, was nun nach dem 20. Juni geschehen soll, wenn an diesem Tage sich nicht 20 Millionen Deutsche für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aussprechen. Bekanntlich hat die Regierung einen Kompromißentwurf eingebracht, der jetzt an den Rechtsausschuß des Reichstags verwiesen worden ist; und zum anderen hat das Zentrum die Absicht, ein solches Kompromiß auf den Weg eines zweiten Volksentscheides zu bringen. Politisch liegen die Dinge nun so, daß irgendwo ein Kompromiß über die Fürstenabfindung unbedingt durchgedrückt werden wird; der Reichskanzler hat es nach dieser Richtung hin an sehr unmißverständlichen Andeutungen nicht fehlen lassen: er will nämlich mit Hilfe einer Reichstagsauflösung ein solches Abfindungskompromiß durchsetzen. Man wird versuchen, das vorliegende Regierungskompromiß als ein solches hinzustellen, durch das die Verfassung nicht abgeändert wird, also die Aufbringung einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag sich erübrigt. Wenn das Volksbegehren am 20. Juni Schiffbruch leidet, dann hofft man in manchen politischen Kreisen, daß die Sozialdemokratische Partei sich bereit finden wird, einem Kompromiß, mag es sein wie es will, ihre Zustimmung zu geben, das neues Recht schafft und den Fürsten einen Teil ihrer Ansprüche aberkennt. Darüber hinaus würde natürlich eine solche politische Lösung nichts anderes als den Auftakt zur Herbeiführung der Großen Koalition bedeuten, die nach wie vor vom Zentrum und der Demokratie als zukünftige parlamentarische Konstellation betrachtet wird. Auf der anderen Seite scheinen die Deutschnationalen einem Reichstagswahlkampf mit der Parole „Für oder wider ein Abfindungskompromiß" nicht geneigt zu sein. Daher ist anzunehmen, daß man in diesen Kreisen für ein Kompromiß ein gewisses Entgegenkommen nicht für ganz ausgeschlossen hält. Die Regierung könnte die Linksparteien gegen die Rechtsparteien ausspielen und umgekehrt, so daß es möglich erscheint, auch bei einem Scheitern des Volksentscheides zu einem Kompromiß über die Fürstenabfindung zu kommen, das auf einer mittleren Linie liegt. Vorläufig ist dem Rechtsausschuß des Reichstages der Kompromißentwurf der Regierung überwiesen.

So wird der 20. Juni politisch-parlamentarisch von recht erheblicher Bedeutung sein, auch über die Entscheidung hinaus, die in dem Volksentscheid zum Ausdruck kommen soll. Die Parteien glauben zu wissen, daß der jetzige Reichskanzler nicht zögern wird, zu einer Reichstagsauflösung zu schreiten, wenn der Karren unrettbar verfahren sein sollte. Im Oktober 1924 hat er es ja schon einmal gemacht.

Frhr. v. Wangenheim †.

Ein Führer des Landbundes.

Dr. Freiherr Konrad v. Wangenheim, der Führer der deutschen Landwirtschaft, der vor kurzem schwer verunglückte, ist an den Folgen der schweren Verletzungen im 77. Lebensjahre gestorben. Mit dem Frhrn. v. Wangenheim ist einer der Führer der deutschen Landwirtschaft dahingegangen, ein Mann, der schon seit über 30 Jahren in den vordersten Reihen gestanden hat. Er hat dem Vorstand angehört bis zu jenem Tage, da der Bund der Landwirte in dem Reichslandbund aufging; selbstverständlich

gehörte er auch dessen Vorstand an. Auch sonst ist er mit einer Reihe von Ehrenämtern bei der Landwirtschaft bekleidet worden; so war er Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in Pommern. Doch nicht nur politische Verdienste hat der Verstorbene im Kampf seiner Berufskollegen gehabt, sondern er war auch ein besonders eifriger Vorkämpfer in der Siedlungsfrage, besonders bei der Moorkultur, wo er geradezu bahnbrechend gewirkt hat. Er und der verstorbene Dr. Rösicke sind es gewesen, die veranlaßt haben, daß der deutschen Landwirtschaft der Zollschutz wiedergegeben wurde. Als Mitglied des Landwirtschaftsrates und des früheren Landesökonomiekollegiums hat er seine Kraft für die Interessen der Landwirtschaft eingesetzt.

Die Amerikariege in Newyork eingetroffen.

Aus der Hauptstadt der Vereinigten Staaten Nordamerikas erreicht uns folgende Meldung: Dienstag, den 8. Juni 1926. Die Amerikariege, die aus neun hervorragenden deutschen Turnern, unter Leitung des Vorsitzenden der DT., Prof. Dr. Berger, zusammengesetzt ist, ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag wohlbehalten in Newyork eingetroffen. Der Newyorker Turnverein sowie eine Vertretung des deutschen Konsulats begrüßten die Riege aufs herzlichste. Am Dienstag wurde die Stadt besichtigt und die Riege vom Stadtoberhaupt von Newyork empfangen. Überall war sie Gegenstand größten Interesses und lebhafter Anteilnahme, besonders die amerikanische Presse bemüht sich eifrigst um die Riege, die in verschiedenen größeren Städten der Vereinigten Staaten, u. a. beim Deutschen Tag in Chikago am 13. Juni, deutsches Turnen zeigen und sich vor allem auch an den Wettkämpfen beim Bundesturnfest des Amerikanischen Turnerbundes in Louisville beteiligen wird. Wie wir erfahren, sind die meisten der Plätze für Zuschauer bei den Veranstaltungen bereits ausverkauft.

Prof. Dr. Berger, Vorsitzender der DT.

Preußischer Landtag.

(183. Sitzung.) tt. Berlin, 10. Juni.

Gleich zu Beginn der Sitzung kam es im Preußischen Landtag zu

heftigen Lärmszenen.

Der kommunistische Abgeordnete Pieck verlangte nach einigen anderen Beschwerden und nachdem der Antrag seiner Fraktion auf Wahlschutz beim Volksentscheid angenommen worden war, die sofortige Beratung eines Antrags, der dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Mißtrauen wegen seines bekannten Briefes zum Volksentscheid ausspricht. Dabei ging Abg. Pieck zu scharfen Angriffen auf den Reichspräsidenten vor. Im Hause brach dabei heftigster Widerspruch und Tumult los. Der Präsident Bartels erteilte dem Abg. Pieck zwei Ordnungsrufe, als dieser in bezug auf den Reichspräsidenten von „Unverschämtheit" sprach.

Abg. von der Osten (Dtn.) erklärt, seine Freunde seien nicht in der Lage, die Verhandlungen weiterzuführen, ehe nicht erklärt worden ist, in welcher Form der Herr Präsident dieses Hauses gegen diese Äußerungen einschreiten will. Ich habe gehört, daß der Herr Präsident zwei Ordnungsrufe erteilt hat. Trotzdem hat der Abg. Pieck noch gerufen: Unverschämtheit. Ich erlaube mir den Vorschlag, daß, ehe die Verhandlungen hier fortgeführt werden, der Ältestenrat zusammenberufen wird, um über diese Vorgänge zu beraten und den Abg. Pieck auszuschließen.

Die Abstimmung über diesen Antrag ergab Beschlußunfähigkeit, da die Linke nicht im Saale erschien. Für die sofortige neue Sitzung stellte Abg. von den Osten den gleichen Antrag auf Unterbrechung und Zusammentritt des Ältestenrates. Als Abg. Pieck sprechen wollte, entstand wieder großer Lärm. Präsident Bartels verließ den Präsidentenstuhl. Die Sitzung wurde unterbrochen. Dann eröffnete Präsident Bartels für einen Augenblick die Sitzung und erklärte, daß er mit Rücksicht auf die vorherigen Vorkommnisse das Haus auf eine halbe Stunde weiter vertage und zu sofort den Ältestenrat einberufe. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Präsident Bartels, der Ältestenrat habe sich mit den Vorgängen beschäftigt. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten hätten die Ausführungen und das Vorgehen des Abgeordneten Pieck entschieden verurteilt und zurückgewiesen. Er betrachte nunmehr diesen Vorfall als erledigt. Das Haus setzte dann die Justizdebatte fort.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine Revision des Dawes-Plans.

An die letzte Londoner Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht haben sich in der Öffentlichkeit vor allen

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Es schien mir derselbe, mit dem du im Sommer in Kreuth — erinnerst du dich, du hattest mit einem Herrn dort ein Zusammentreffen, wobei du einen Handschuh verloren hattest, den Blanka Likowski gefunden — du warst verstört — ich sah deine Befangenheit — bist später noch mehrere Male mit ihm gesehen worden. Soll mich das nicht stutzig machen? Gwendoline, wer ist der Mann? Ich hab' ein Recht, es zu wissen."

„Ah, und das veranlaßt dich, an meiner Treue zu zweifeln?" fragte sie mit eigentümlicher Stimme.

„Ich zweifle ja nicht, ich frage nur."

„Schon die Frage ist Zweifel."

Dann sag' mir doch, wer dieser Mann ist — warum hast du Blanka Likowski nicht geantwortet, als sie dich nach ihm fragte —?"

„Ach, Blanka, immer Blanka — sie hat dir getreulich alles hingebracht — — und du hast sie angehört."

„Muß dir das nicht seltsam erscheinen, Gwendoline? Ich begreife dein Zögern nicht, mir meine Frage zu beantworten."

„Nun denn, ich will es tun!" sagte sie kalt. Der Herr ist ein Arzt, Doktor Ivers mit Namen, der jetzt auf dem Wege nach Afrika ist, um die Schlafkrankheit zu erforschen. Er sagte mir neulich Lebewohl!"

„Du hast ihn in Kreuth kennen gelernt?"

„Ja."

„Und er war es, mit dem du mehrere Male zusammen warst?"

„Ja."

„Hast du mit ihm vielleicht auch korrespondiert?"

„Zweimal."

„Und sonst?"

„Sonst nichts."

Ihr kurzes, einsilbiges, ablehnendes Antworten reizte ihn. Er faßte sie derb an dem Arm.

„Gwendoline einen solchen Ton kann ich nicht vertragen."

Sie befreite sich von seinem Griff.

„Ich auch nicht!"

„So gib doch zu, daß dich irgendein Geheimnis mit dem Herrn Doktor verbindet! Denn daß ein Geheimnis zwischen Euch ist, ist mir klar."

„Deine Annahme ist richtig, Axel! Doch dieses Geheimnis ist nicht das meine! Darum frage mich nicht weiter danach — wenigstens jetzt, hier nicht."

Er lachte ungläubig auf.

„Wie ein Roman klingt das ja beinahe! Und das soll ich dir ohne weiteres glauben?"

„Ich zwinge dich ja nicht dazu!"

„Du, Gwendoline, ich sage dir nochmals: erzähle mir kein Märchen."

„Ich sage dir die Wahrheit."

„Aber in diesem Falle —"

„Ich lüge nicht, Axel —" rief sie heftig. Zornestranen funkelten in ihren Augen.

Ihr rasches, nur durch die Vernunft gebändigtes Temperament brach durch; bis jetzt hatte sie sich zur Ruhe gezwungen. Doch der leiseste Zweifel an ihrer Wahrhaftigkeit konnte sie zum äußersten empören und trotzig machen.

„Axel, mit jedem deiner Worte hast du mich schwer beleidigt! Dir hätte ich ohne Zögern jenes Geheimnis gesagt, weil ich dir schrankenlos vertraue. Du hattest mich ja aber bisher nicht gefragt — und ich wußte gar nicht, daß du etwas wissen wolltest — hattest mich nur mit unverständlichen Andeutungen gequält, die mir jetzt allerdings begreiflich sind! — Blanka durfte von dem, was ich weiß, nichts wissen; sie scheint dir aber maßgebend! Und mich kränkst du so durch Mißtrauen —" Sie war stehen geblieben und sah ihn grollend an.

„Du machst viele Worte, Gwendoline —" sagte er langsam.

„Du glaubst mir nicht, Axel? Du glaubst mir nicht?" beinahe schrie sie es, „aber freilich — die Schwester eines solchen Bruders — wie sollte sie anders sein! Sie hat nicht die Berechtigung, zu verlangen, daß man ihr glaubt — auch wenn sie eine Erklärung nicht gleich geben kann! — Ich habe dir gesagt, wer und was dieser Mann ist!"

„Aber nicht, was er dir ist?"

„Mir ist er so viel oder so wenig wie ich ihm bin! Wir schätzen und achten uns! Daß ich dir das sagen und beteuern muß, ist schon zu viel!" Ihr Stolz war aufs tiefste verletzt. „Wenn du mich so niedrig einschätzest, Axel, wäre es am besten," sie brach ab, preßte die Lippen fest zusammen und stürmisch ging ihr Atem.

Er sah sie an. Unverwandt in Zorn und Liebe blickte er in ihr schönes, erregtes Gesicht, das lebhaft gefärbt war. War diese Röte eine Röte der Verlegenheit und der Scham, ertappt zu sein — oder die Farbe ehrlicher Entrüstung über ungerechtfertigte Vorwürfe? Er wußte es nicht. Der Zwiespalt in seinen Empfindungen riß ihn hin und her.

„Wenn ich dir glauben dürfte," murmelte er.

Sie hatte es gehört.

„Noch nicht, Axel, noch nicht? Trotz meiner Beteuerungen?" Sie schwieg einen Augenblick. Dann sagte sie rasch und trotzig: „Dann glaube, was du willst, und denke, was du willst! Mir ist es jetzt ganz gleich, denn wir beide haben nichts mehr miteinander zu schaffen! Dein Mißtrauen beleidigt mich zu sehr, als daß ich noch ein Wort zu meiner Verteidigung sage — jedes Wort, das ich jetzt gesprochen, war schon zu viel! Leb wohl!"

Schnell ging sie davon; doch er holte sie gleich wieder ein und hielt sie fest.

„So gehen wir für heut' nicht auseinander, du — —"

„Für heute? — Für immer, sage lieber! Es ist mein Ernst! Lasse mich!" wehrte sie ungestüm.

Zornig, in blauschwarzem Glanz funkelten ihn ihre Augen an, und heftig riß sie sich los.

„Gwendoline, kannst du so hitzig sein? Du, aber ich liebe nicht das Drohen mit äußersten Entschlüssen! Sage mir doch, was du als Geheimnis hüten zu müssen glaubst, und es ist zwischen uns wie vorher, dies soll unser erster und letzter Streit gewesen sein —"

Sie sah ihn groß und ruhig an. Doch ein Zug unbeugsamen Trotzes lag auf ihrem Gesicht, als sie ihm entgegnete:

(Fortsetzung folgt.)

dahingehende Kommentare geknüpft, daß diese Reise mit einer Revision des Dawes-Planes im Zusammenhang steht. Der Reichsbankpräsident legt Wert darauf, festzustellen, daß es sich bei seinem Londoner Aufenthalt lediglich um Besprechung laufender, gemeinsamer Angelegenheiten der Reichsbank und der Bank von England gehandelt hat. Es muß auch für weitere ähnliche Zusammenkünfte von vornherein bemerkt werden, daß es völlig müßig ist, an derartige normale geschäftliche Aussprachen Kombinationen von politischer Tragweite zu knüpfen, zumal derartige Dinge aus dem Arbeitsrahmen der Zentralnotenbanken durchaus herausfallen.

Deutsch-polnische Grenzverhandlungen.

Außer den handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen finden zurzeit in Berlin auch deutsch-polnische Verhandlungen über verschiedene Fragen statt, deren Regelung infolge der Grenzziehung erforderlich erscheint. Zunächst wird über die durch die Grenze zerschnittenen Bergwerksfelder verhandelt, im Anschluß daran über die Benutzung des polnischen Bahnhofs in Gardeja für die Bevölkerung von Garnsee, die Zoll- und Paßabfertigungen in Kurzebrack an der Weichsel und über die Fischerei in den Grenzgewässern.

Aus In- und Ausland.

Koblenz. Die Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz beschloß neuerdings eine Protesterklärung wegen der Haussuchung, die bei ihrem Vorsitzenden, Freiherrn v. Lüninck, vorgenommen wurde. Sie erklärt, daß die Frist überreichlich überschritten sei, in der eine Genugtuung für diesen Schimpf hätte erfolgen müssen.

Paris. Wie der „Petit Parisien" aus Pau meldet, stellt die Stadtbehörde von Salies de Bearn dem Kriegsminister ein Schloß aus dem 18. Jahrhundert, das am Eingang der Stadt an der Straße nach Bayonne liegt, als Aufenthalt für Abd-el-Krim zur Verfügung.

London. „Daily Expreß" meldet aus Tokio: Die japanische Flottenverwaltung beabsichtige, die Aufnahme von 300 000 Pfund in das Budget zu beantragen, um alle Kriegsschiffe, einschließlich zweitklassige Kreuzer, zwecks Unterbringung von mindestens einem Flugzeug umbauen zu lassen.

Vermischte Drahtnachrichten vom 10. Juni.

Deutscher Rotkreuztag 1926.

Berlin. Am Sonntag, dem 13. Juni d. Js., findet im ganzen Reiche ein allgemeiner Rotkreuztag statt. Die Rotkreuztage, seit dem 60jährigen Jubiläum des Roten Kreuzes 1924 eingeführt, sollen alljährlich einmal die vielen Hunderte von Vereinen vom Deutschen Roten Kreuz und überhaupt die große Gemeinde des Roten Kreuzes zusammenführen, um den sozialen Hilfsgedanken, der mit dem Roten Kreuz verbunden ist, weitesten Volkskreisen zum Bewußtsein zu bringen. Da das Deutsche Rote Kreuz fast 7000 örtliche Organisationen zählt, so werden zum Rotkreuztage am nächsten Tage in Tausenden von großen und kleinen Orten Veranstaltungen, Vorführungen und Vorträge aller Art stattfinden und Wesen und Wert der Rotkreuzarbeit zum Ausdruck bringen. Das Deutsche Rote Kreuz will mit dem Rotkreuztage neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werben, damit es seine großen Friedensaufgaben der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge, der Krankenpflege, der ersten Hilfe, des Mutterschutzes, der Kinderfürsorge, der Jugendwohlfahrtspflege, der Altersfürsorge usw. bei der sich steigernden Not weiter erfüllen kann. Auch auf die Jugend rechnet das Rote Kreuz, die sich immer mehr der durch die Schule geförderten Jugendrotkreuzbewegung anschließen möge. Der Rotkreuztag wird auch diesmal mit einer öffentlichen Sammlung zum Besten der Rotkreuzaufgaben verbunden sein.

Vier deutsche Fremdenlegionäre zum Tode verurteilt.

London. „Daily News" meldet aus Kairo, daß sechs Fremdenlegionäre, die auf französischer Seite in Syrien gekämpft haben, darunter vier Deutsche und je ein Engländer und Amerikaner wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt worden seien. Sie sähen jetzt im Gefängnis von Damaskus ihrer Hinrichtung entgegen. Die Legionäre seien wegen der Härte des Dienstes desertiert, wozu sie die Nähe der transjordanischen Grenze verleitet habe. Mehrere Fluchtversuche anderer Legionäre seien erfolgreich gewesen. Die erwähnten Legionäre aber seien in die Hände franzosenfreundlicher Stämme gefallen, die sie ausgeliefert hätten.

Brasilien verzichtet auf seinen Ratsitz.

Genf. Der Vertreter Brasiliens im Völkerbundrat gab eine Erklärung ab, wonach Brasilien auf seinen ständigen Ratsitz verzichtet. Er begründete diesen Schritt Brasiliens, der keineswegs mit dem Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund identisch ist, mit zahlreichen Erwägungen juristischer und politischer Art.

Eine Ohrfeigenszene im Völkerbundhaus.

Genf. In den Wandelgängen des Völkerbundhauses ist es zu einem unliebsamen Zwischenfall gekommen. Ein gewisser Iwan de Justh, der sich als Generalsekretär der Ungarischen Republikanischen Partei bezeichnete, stellte den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen und gab ihm eine Ohrfeige. Justh, der eine Pressekarte der Pariser Zeitung „Ere Nouvelle" bei sich trug, verteilte gleichzeitig eine Protesterklärung. Er wurde von Sicherheitsbeamten verhaftet und abgeführt.

Moskauer Industriebestellungen im Ausland.

Moskau. Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut einer Weisung Rykows an das Handelskommissariat, welches beauftragt wird, sofort einen Teil der auf Grund des deutschen Garantiekredits für Deutschland bestimmten Bestellungen an andere Länder zu vergeben. Rykow begründet seine Maßnahme mit Schwierigkeiten beim Erhalt des den deutschen Firmen von seiten der Regierung garantierten langfristigen Kredits und mit den unvorteilhaften Bedingungen einiger deutscher Firmen. — Hinsichtlich der Preisgestaltung wird seitens der deutschen Firmen darüber geklagt, daß russischerseits Preise geboten wurden, die sowohl unter den Selbstkosten wie unter den internationalen Preisniveau erheblich herabgehen und daß die übermächtige Stellung, die Rußland als alleiniger Besteller hat, zu einem unerträglichen Preisdruck ausgenutzt werde. Es erscheint ausgeschlossen, daß die russische Seite in anderen Ländern hinsichtlich der Kredit-, Preis- und Lieferungsbedingungen auch nur annähernd so günstig fahren wie wir in Deutschland, zumal, soweit bekannt, andere Regierungen für nach Rußland zu liefernde Kredite Garantien in nennenswertem Umfange nicht übernommen haben. Eine praktische Auswirkung ist daher von dem Rykowschen Erlaß nicht zu erwarten.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 12. Juni.

Sonnenaufgang	3^{24}	Mondaufgang	5^{20} V.
Sonnenuntergang	8^{16}	Monduntergang	10^{6} N.

1815 Gründung der Deutschen Burschenschaft in Jena. — 1830 Dichter Albert Träger geb. — 1902 Tiermaler Friedrich Specht gest. — 1924 Italienischer Politiker Matteotti bei Rom ermordet.

□ **Neue Rentenbankscheine.** Die Deutsche Rentenbank teilt mit, daß vom 15. Juni ab neue Rentenbankscheine über 5 Rentenmark mit dem Ausstellungsdatum 2. Januar ausgegeben werden. Die neuen Scheine treten an die Stelle der bisher ausgegebenen Rentenbankscheine über 5 Rentenmark vom 1. November 1923; die noch umlaufenden Scheine der alten Art behalten bis auf weiteres ihre volle Gültigkeit.

— **In der letzten Gemeindevertretersitzung** in Herischdorf wurden je ein Beisitzer und Stellvertreter von seiten der Hausbesitzer und der Mieter für das Mieteinigungsamt gewählt, u. zw. für die Hausbesitzer die Herren Schober, Hennig und Kulms, für die Mieter die Herren Ertelt, Leutloff und Renner. In die Wohnungseinschätzungskommission wurde seitens der Hausbesitzer Herr Bauunternehmer Landeck gewählt. — Für den Ausbau der Bahnhofsstraße sind zwei Kostenanschläge eingegangen, die die Baukommission geprüft hat. Da aber mit dem Bau gleichzeitig Kanalisation geschaffen werden soll, wird die Angelegenheit vorläufig zurückgestellt, um die Kostenvoranschläge auch noch für die Kanalisation einzuholen. — Der Ortsausschuß des Vereins für das Deutschtum im Auslande hat um Uebernahme der Kosten, die durch Veranstaltung eines „Bunten Abends" in den „Hartsteinen" entstanden waren, ersucht. Die Versammlung bewilligte die Uebernahme von zwei Dritteln der überreichten Rechnung. — Von dem Ingenieur Kulms'schen Gelände sind zwei Baustellen an die Herren Schmidt und Tschorn verkauft worden; die Auflassung soll an die Gemeinde erfolgen. Die Versammlung stimmte unter der Voraussetzung zu, daß die Auflassung kosten- und lastenfrei erfolgt und die Bedingungen des Ortsstatuts erfüllt werden. — Der Postweg soll demnächst für Autos und schwere Fuhrwerke gesperrt werden. — Ueber die schlechte Beschaffenheit der Stonsdorfer Straße und des Baumertsteges wurde von einigen Gemeindeverordneten Klage geführt und Abhilfe gewünscht. — Angeregt wurde auch, den Drahtzaun an der Turnhalle zu entfernen und durch eine Baumallee zu ersetzen.

— **Tagesordnung** zur Gemeindevertretersitzung am Dienstag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr. Mitteilungen. — Beschlußsachen: 1. Vergebung der Arbeiten zum Bau der Badeanstalt. — 2. Gründung der Jugendherberge. — 3. Uebernahme der Poststraße. — 4. Aufhebung der Baufluchtlinie der Straße Nr. 12. — 5. Erwerbung von Gelände am Herischdorfer Stauweiherdamm von Maurer- und Zimmermeister Schwanitz. — 6. Vergütung für den Standesbeamten. 7. Beratung des Voranschlages für 1926.

* **Berichtigung.** Das in Nummer 134 veröffentliche Inserat betr. „Katholisches Hilfswerk" zeigt grobe Verstellungen, weshalb wir dasselbe in heutiger Nummer nochmals richtig zum Abdruck bringen.

* **Das Programm der Badeverwaltung vom 13. bis 19. Juni** verzeichnet regelmäßige Frühkonzerte um 7.30 Uhr bezw. 11 Uhr an allen Tagen außer Montag, Nachmittags-Konzerte um 4 Uhr am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Außerdem findet am Sonnabend, den 19. Juni ein Abend-Sonderkonzert der Kurkapelle statt. An den musikfreien Nachmittagen und Abenden der Kurkapelle konzertiert auf der Kurhaus-Terasse die ausgezeichnete Deutsche Tanzsportkapelle Hillinger vom Admiralspalast Berlin. — Am Mittwoch, den 16., hält der bekannte Psychologe Leo Erichsenr im Kurhaussaal einen seiner interessantesten Vorträge „An de Grenze des Uebersinnlichen" mit anschließenden Meisterschaftsvorführungen. — Das Kurtheater sieht folgenden Spielplan vor; Sonntag. den 13. „Marietta" Operette von Kollo, Dienstag, dem 14., „Uschi" Operettenneuheit von Gilbert, Donnerstag, den 17. 6. „Die Teresina" Operette von Oskar Straus. — Am Sonntag, den 20. findet sodann das große Reit- und Fahrturnier nachmittags um 2 Uhr auf dem Füllnersportplatz statt, das, wie bereits erwähnt, ein sportliches und gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges werden dürfte. Näheres hierüber siehe Anzeigen und Plakate. Karten sind im Vorverkauf zu herabgesetzten Preisen in Hirschberg bei Buchhandlung Röbke, in Bad Warmbrunn bei Buchhandlung Max Leipelt bereits zu haben. — Die letzte Kurliste vom 8. Juni verzeichnet 1294 badende Kurgäste und 5307 Erholungsgäste und Passanten.

* **Kurtheater Warmbrunn.** Am Sonntag abend 7.30 Uhr geht die prachtvolle Operettenneuheit. Marietta, welche bei den ersten Aufführung einen außergewöhnlichen Erfolg hatte, in erster Besetzung zum 2ten Mal in Scene. Montag: Geschlossen. Dienstag abend 7.30 Uhr zum 1. Male der große Erfolg „Uschi" Operette von Gilbert.

* **Turnverein.** In der letzten Monatsversammlung am Mittwoch dankte der Vorsitzende Herr Geppert, allen denjenigen nochmals, welche zur Ausgestaltung des 75. Stiftungsfestes beigetragen haben. Allerdings habe es eine Anzahl Ausschußmitglieder gegeben, die viel versprachen, aber nichts gehalten haben. Zwei ältere Mitglieder meldeten sich nachträglich als Vereinsveteranen. — Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über den Verlauf des Festes und hob hervor, daß es bei allen Teilnehmern den besten Eindruck hinterlassen habe. Dann wurden noch eintge Glückwünsche von Vereinen und Persönlichkeiten verlesen. Fahnennägel stifteten folgende Vereine „Liedertafel", M. T. V. Agnetendorf, Haus und Grundbesitzerverein, Sportverein, Freiwillige Feuerwehr, Maschinenbauer-Gesangverein. — Nach dem Bericht des Kassenwartes hat das Fest dem Verein trotz des schönen Wetters einen Fehlbetrag von 150 Mk. hinterlassen. — Aufgenommen wurden 6 neue Mitglieder. — Die den Turnplatz mitbenutzenden Vereine sollen zu den Kosten der Herstellung verschiedener Einrichtungen auf demselben herangezogen werden. Für Sonnabend abend 7.30 Uhr sind die Vereine, welche den Turnplatz mitbenutzen, zu einer Besprechung auf demselben geladen worden, damit endlich einmal die Arbeitseinteilung geregelt wird. — Zum Schlesierturnen nach Neisse fahren 4. Turner, denen eine Beihilfe bewilligt wurde. — Am Johannisfestabend (23. Juni) wird auf dem Turnplatz eine Sonnenwendfeier veranstaltet deren Ausführung der Turnwart übernommen hat. Bemänge wurde die unvorschriftsmäßige (namentlich die geringe) und ungleichmäßige Bekleidung der Turner und Turnerinnen beim Ausmarsch so wohl wie auf dem Turnplatz. — Zum Schluß der Versammlung fand die Nagelung der Fahne statt, bei welcher der Vorsitzende die Bedeutung der Nagelung und deren ideele Seite hinwies. — Nach dem Gesang einiger Turnerlieder wurde die Versammlung geschlossen. — Nachzutragen ist noch daß sich unter den Ausgezeichneten für 26 Jahre nicht Herr Hermann Treu, sondern Herr Waldemar **Freund** befindet.

Friedeberg a. Qu. 10. Juni. Die Folgen der Hochwasserkatastrophe im Isergebirge sind schlimmer, als die ersten Meldungen vermuten ließen. Seitens der Regierung ist eine Hilfsaktion in die Wege geleitet worden. In Steinseiffen konnte ein sechsjähriges Kind nur mit größten Anstrengungen durch einen jungen Burschen, namens Buschner, gerettet werden.

Bad Flinsberg, 10. Juni. (Leichenfund.) Die Leiche des bei dem Hochwasser ums Leben gekommenen Malermeisters Lehniger wurde in Röhrsdorf von dem Wächter der Spinnerei in den Rechen hängend aufgefunden. Die Leiche war bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen und noch mit den Schuhen bekleidet. Alles andere war von der ungeheuren Gewalt des Wassers vom Körper gerissen worden.

Eine verlorene Bausaison?

Geringe Förderung der Neubauten.

Der Mai, der in der Regel die Bautätigkeit erwachen sieht, blieb in diesem Jahre wider Erwarten still. Diese Stille wurde vom Baugewerbe und den Wohnungsuchenden um so stärker empfunden, als man in den ersten Monaten des Jahres von großen Projekten und sehr zahlreichen Neubauten sehr viel sprach. Inzwischen ist aber der Juni gekommen und die Sommersonnenwende bedenklich nahegerückt und noch immer belebt sich der Baumarkt — eins der wichtigsten Schlüsselgewerbe — nur zögernd. Während im Vorjahre Bauarbeiter mindestens knapp waren, zählte das Reichsarbeitsministerium am 15. April als Stichtag noch 163 946 arbeitslose Bauarbeiter. Nimmt man nun an, daß ein großer Teil der in andere Berufe übergegangenen Bauarbeiter infolge der Arbeitslosigkeit und gelockt von den Aussichten, sich ihrem alten Berufe wieder zuwandten, bleibt doch immer noch ein Defizit, das zu Bedenken Anlaß gibt. Man rechnet in Fachkreisen damit, daß der Umfang der diesjährigen Bautätigkeit den Umfang der vorjährigen nicht ereichen wird.

Auch auf dem Baustoffmarkt entwickeln sich Verhältnisse, die wenig erfreulich sind. Wenn auch die Preiskonzessionen infolge reichen Angebots im Interesse der Herabsetzung des Bauindexes angenehm sind (besonders haben sich die Preise für Ziegel in den Gegenden gesenkt, in denen die Ziegelindustrie nicht kartelliert ist), droht durch die Stillegung und Betriebsverminderung deshalb eine Gefahr, weil in den Vorjahren die Produktion durch bewußte Gewährung von geringen Preisverbesserungen angekurbelt worden ist. Diese Opfer scheinen umsonst gebracht zu sein. Nach den jüngsten Berichten arbeiten in Westdeutschland durchschnittlich nur 25 Prozent der Ziegeleibetriebe. Auch in den übrigen Teilen des Reiches muß mit weiteren Betriebseinstellungen und Betriebseinschränkungen gerechnet werden.

Die Ursachen dürften, abgesehen von der schlechten Wirtschaftslage, vor allem in der Hauszinssteuerfrage liegen. Auch der von der Regierung als Zwischenlösung bewilligte 200-Millionen-Kredit wird vom Baumarkt nicht besonders freudig aufgenommen. Die Bedingungen über Normung und Typisierung haben nach Ansicht der Baufachleute eine Umstellung ihrer Dispositionen nötig gemacht, die neue Umständlichkeiten und Kosten verursachen und einen Zeitverlust erfordern, der nach dieser Quelle die volle Ausnutzung der Bausaison hindert. Weiter wird über eine wenig rasche und sehr umständliche Behandlung der Bauvorhaben geklagt. In der Mitglieder-Hauptversammlung des Verbandes vereinigter Baumaterialienhändler in München teilte der Geschäftsführer Dr. Wegener mit, daß die Genehmigung der Baugesuche und die Bewilligung von Baugeldern außerordentlich umständlich sei. Ein solches Gesuch müsse den Weg durch etwa 30 Dienststellen nehmen, und seien 29 dieser Dienststellen glücklich passiert, könne die dreißigste noch das Projekt zum Scheitern bringen.

Der Wohnungsmangel und die Dringlichkeit seiner Abhilfe ist bekannt, ebenso die Wichtigkeit des Baumarktes bei Beseitigung des Arbeitslosenproblems. Dazu kommt, daß das Baugewerbe als Schlüsselindustrie die Gelder sofort umsetzt und neue Bedürfnisse weckt. Es ergibt sich also die gesteigerte Dringlichkeit, jetzt noch, trotz der vorgerückten Zeit, nach Möglichkeit die Versäumnisse der Vormonate nachzuholen und mit allen Mitteln dahin zu streben, den Verlust der Bausaison 1926 zu verhindern. Ist dies aber nicht mehr möglich, muß mindestens dafür gesorgt werden, daß auch der Winter für die Bautätigkeit stärker ausgenutzt wird, als das in den Vorjahren geschah. Das Vorgehen des Reichswirtschaftsministeriums, das Winterbauen zu ermöglichen, sollte in stärkster Weise gefördert und besonders darauf gedrängt werden, daß die Bauvorhaben der öffentlichen Hand für 1927 schon im nächsten Winter, also außerhalb der Hauptbauzeit, ausgeführt werden, damit eine fortlaufende Abnahme der Baustoffe erfolgen und die Produktion für das kommende Jahr geregelt werden kann.

Otto F. Seidler.

Nah und Fern.

○ **Weibliche Polizei in Dresden.** Bei der Beratung des Polizeietats im Haushaltsausschuß des Sächsischen Landtages teilte der Minister des Innern mit, daß man in den nächsten Wochen in Dresden mit der Einführung weiblicher Polizei beginnen werde. Von den zahlreichen Bewerberinnen, die sich gemeldet hätten, sollen sechs ausgesucht und für ihre Aufgaben vorgeschult werden.

○ **Weggeschwemmte Karpfenteiche.** Ein in Klein-Soltikow, Kreis Schlawe, plötzlich niedergehender wolkenbruchartiger Regen hatte einen Rohrbruch zur Folge, durch den sieben terrassenförmig angelegte Karpfenteiche völlig weggeschwemmt wurden. Sämtliche Jungfische und die Brut sind vernichtet, der Schaden ist außerordentlich groß.

○ **Ein Brief des Breslauer Kindermörders.** Der Großvater der ermordeten beiden Kinder in Breslau erhielt einen Brief, dessen Adresse von derselben Hand stammt wie die des Päckchens mit dem grausigen Inhalt, das er am Tage zuvor zugeschickt bekommen hatte. In dem Briefumschlag befand sich ein Notizblatt, auf dem gesagt wird, daß der Täter ein Fleischer aus Münsterberg in Schlesien sei. Anscheinend ist diese Bezichtigung ein Racheakt des wirklichen Täters.

○ **Ein fünffacher Mörder verhaftet.** Wie aus Stralsund gemeldet wird, gelang es, den polnischen Schnitter Urbanski zu verhaften, der einer polnischen Verbrecherbande angehörte, der vierzehn Morde nachgewiesen werden konnten. Dem Urbanski sind bisher fünf Morde nachgewiesen. Der Hauptanstifter ist ein Schnitter Pachowa, der unter dem Spitznamen „blinder Johann" bekannt war.

○ **Wahlen getrennt nach Geschlechtern.** Der Magistrat Berlin hat das Hauptwahlamt beauftragt, Vorkehrungen dafür zu treffen, daß bei den nächsten allgemeinen Wahlen getrennt nach Geschlechtern gewählt werde. Auf diese Weise soll die prozentuale Wahlbeteiligung der Frauen und Männer sicherer als bisher festgestellt werden.

○ **Geländeschiebungen beim Berliner Nordsüdbahnbau. Auf Ersuchen der Berliner Kriminalpolizei wurde bei der Eidgenössischen Bank in Zürich das Konto des früheren Berliner Stadtbaurats Beuster gesperrt. Beuster wird beschuldigt, im Verein mit dem Architekten Mathias Schmit die Stadt Berlin und bei Bauten gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften und beim Bau gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften durch Geländeschiebungen um ungeheure Summen geschädigt zu haben. Gegen beide ist die Voruntersuchung wegen Betruges, Untreue usw. eröffnet worden.**

○ **Schießerei mit Autoräubern.** Zwei Männer, die eine Autodroschke zur Fahrt nach Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg) gemietet hatten, zwangen den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver, sich seines Mantels und seiner Wertsachen zu entledigen. Als er auf ihr Geheiß die Autonummer entfernen sollte, gelang es ihm, einen der Banditen niederzuschlagen und trotz der Schüsse des anderen zu entfliehen. Die Gendarmerie stellte die Räuber in der Nähe von Genthin. Es entspann sich eine Schießerei, bei der einer der Räuber getötet und ein Gendarm schwer verletzt wurde.

○ **Blutige Krawalle in Miechowitz.** In Miechowitz, Kreis Beuthen, ist es in der Nacht vom 8. zum 9. Juni zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbanners und des Landesschützenbundes gekommen. Ein Angehöriger des Schützenbundes gab mehrere Pistolenschüsse ab, wobei ein Polizeiwachtmeister einen Bauchschuß erhielt und ein unbeteiligter Arbeiter, der zufällig in die Schußrichtung gekommen war, im Gesicht verletzt wurde. Der Schütze hat sich dann durch einen Kopfschuß selbst getötet. Einige Personen sind festgenommen worden.

Bunte Tageschronik.

Frankfurt a. d. Oder. Infolge der starken Niederschläge ist im Oderstromgebiet Hochwasser eingetreten. Die Grasernte im Warthe- und im Odergebiet scheint vernichtet zu sein.

Breslau. Bei Grottkau wurde an einer 58jährigen Frau von einem Ziegeleiarbeiter, der ein Stück des Weges mit ihr gegangen war, ein Lustmord verübt.

Schwerin i. M. In dem Dorfe Rugensee fand man die aus drei Personen bestehende Familie des Maurermeisters Guth erschossen auf. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Hanau. Auf der Fahrt von Hanau nach Berlin verunglückte der Kraftwagen des Berliner Kaufmanns Sachs. Der Chauffeur wurde getötet, die beiden anderen Insassen des Wagens erlitten leichte Verletzungen.

Wien. Aus den Alpenländern werden heftige Schneefälle gemeldet. Auf dem Flexenpaß in Vorarlberg mußte wegen Schneefalles der Autoverkehr eingestellt werden.

London. Bei Salt River Junction, zwei Meilen von Kapstadt entfernt, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. 15 Leichen sind aus den Trümmern geborgen worden. 40 bis 50 Menschen wurden verletzt.

Venedig. Bei dem tödlichen Unglücksfall eines Deutschen bei Treviso handelt es sich, wie sich jetzt herausstellt, nicht um den Prokonsul Schneider, sondern um einen gleichnamigen Privatbeamten des Ehrenkonsuls Loevi.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten.) Über den Stand der Notstandsarbeiten in Preußen wird aus dem preußischen Wohlfahrtsministerium mitgeteilt: Bei Notstandsarbeiten waren in Preußen Ende März 1926 zusammen 117 450 Hauptunterstützungsempfänger beschäftigt. Da die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger am 31. März 1926 rund 1,2 Millionen betrug, waren nach der genannten Ziffer zu diesem Zeitpunkt rund 10 % der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Bei diesen Notstandsarbeiten werden voraussichtlich in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1926 insgesamt 12 700 000 Erwerbslosentagewerke geleistet werden.

Spiel und Sport.

N. **Deutschland gewinnt auch die Revanche gegen Holland!** Am 9. Juni fand im Kölner Stadion das Revanchetreffen zwischen der deutschen und der holländischen Radländermannschaft statt. Wie erwartet, siegten auch diesmal die Deutschen ganz überlegen. Überraschend gut schnitt diesmal Oskar Rütt, der Sohn des Weltmeisters Walter Rütt, ab.

N. **Verbandskampf Südost—Nordostdeutschland.** Am 27. Juni findet in Breslau der leichtathletische Verbandskampf zwischen Südost- und Nordostdeutschland statt. Beide Verbände machen große Anstrengungen, den Kampf zu gewinnen. Für Nordost startet u. a. Dr. Peltzer-Stettin, für Südost u. a. Körnig-Breslau.

Kongresse und Versammlungen.

k. **Tagung des Deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner.** In Danzig fand die 67. Jahresversammlung des Deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner statt. Es waren über 1000 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches erschienen. Im Namen des Senates der Freien Stadt Danzig begrüßte Senatspräsident Dr. Sahm die Kongreßgäste. Die Kongreßvorträge beschäftigten sich im wesentlichen mit der Wirtschaftlichkeit der deutschen Gasindustrie gegenüber der Gesamtwirtschaft.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Die Gutachten im Spritschieberprozeß.** Im Sprittweberprozeß erstatteten die Sachverständigen ihre Gutachten. In einem Gutachten wurde festgestellt, daß der Angeklagte Weber bei einem Transport von 62 Fässern Kognak nicht die Vorsicht eines gewissenhaften Kaufmanns habe walten lassen. Vor allem wurde der Vorwurf zurückgewiesen, als ob in der fraglichen Zeit alle Firmen in Sprit geschoben hätten. Es wurde weiter betont, daß bei dem ungesetzlichen Sprithandel keineswegs eine Duldung durch deutsche Behörden vorgelegen habe. Die ungesetzlichen Zustände hätten sich aus den Mängeln des Monopolgesetzes ergeben.

§ **Freispruch im Lützow-Prozeß. Im Lützow-Prozeß wurde folgendes Urteil verkündet: „Der Angeklagte von Lützow ist in den ihm zur Last gelegten 75 Fällen unschuldig und wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last." In der Begründung des Freispruches wird u. a. dargelegt, daß das Gericht in keinem Falle eine Überschreitung des dem Angeklagten als Erzieher zustehenden Züchtigungsrechtes habe feststellen können.**

§ **Gefängnis für einen früheren Staatsanwalt.** Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung mit den Vorgängen bei der Gründung und beim Zusammenbruch der Deutschen Handels- und Wirtschaftsbank, die als Tochtergesellschaft der ebenfalls zusammengebrochenen Deutschvölkischen Bank in der Inflationszeit entstanden war. Angeklagt waren der frühere Staatsanwaltschaftsrat Geras, der Reichsbankrechnungsrat a. D. Naumann und ein Landwirt Richter. Das Gericht erkannte gegen Geras wegen Untreue und Betruges auf neun Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Die beiden anderen Angeklagten wurden zu Geldstrafen verurteilt. Geras war vor Jahren amtierender Staatsanwalt beim Berliner Landgericht III.

§ **Kommunisten vor Gericht.** Vor dem Schwurgericht in Mannheim war die Verhandlung gegen zwei Kommunisten angesetzt, die bei den Krawallen im Oktober 1923 einen Oberwachtmeister getötet und einen Wachtmeister schwer verletzt hatten. Es handelt sich um den 30jährigen Peter Blaeser aus Heinsheim-Hessen und den gleichaltrigen Rangierer Huber aus Bad Peterstal. Auf Antrag der Verteidigung wurden die beiden Verfahren getrennt; es wurde nur gegen Blaeser verhandelt. Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 10. Juni.

* **Börsenbericht.** Die Erholung hat weitere Fortschritte gemacht, doch zeigte sich die Börse nach anfänglicher Befestigung nicht ganz einheitlich. Die Spekulation hielt sich nach den ersten Kursen etwas mit ihren Engagements zurück. Die politische Lage wurde jedoch etwas weniger beachtet als in den letzten Tagen. Geld ist weiter sehr flüssig. Tagesgeld 3,50 bis 4,50, Monatsgeld 4,50—6 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,41—20,46; holl. Gulden 168,58—169; Danz. 80,96 bis 81,16; franz. Frank 12,50—12,54; belg. 12,56—12,60; schweiz. 81,19—81,39; Italien 15,33—15,37; schwed. Krone 112,31—112,59; dän. 111,25—111,53; norweg. 93,19 bis 93,43; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,25 bis 59,39.

* **Reichsbahnzeichnung geschlossen.** Infolge des überaus großen Eingangs von Zeichnungen auf die Zertifikate der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie IV der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat die Konsortialleitung die Zeichnung mit Ablauf des ersten Zeichnungstages geschlossen.

* **Produktenbörse.** Die vom Ausland eingelaufenen Stimmungsberichte lauteten nicht gleichmäßig. Auf die durch das Unwetter hervorgerufenen Schäden im Inland zeigte sich mehr Nachfrage nach greifbarem Weizen und Roggen, während die Eigner bei der Herausgabe von Offerten Zurückhaltung zeigten. Der Mehlabsatz blieb trotzdem schleppend. Feiner Hafer war knapp bei verhältnismäßig reger Nachfrage und Mittelsorten fanden ebenso wie Futtergerste daraufhin mehr Beachtung. Hilfsfutterstoffe wurden wieder nur zum unmittelbaren Verbrauch erworben und notierten wie am Tage vorher. Ölsaaten ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Weiz., märk.	—	—	Weizkl. f. Brl.	9,7	9,5-9,7
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Brl.	11,3-11,4	11,3-11,4
Rogg., märk.	177-182	177-181	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	36-46	36-46
Braugerste	187-200	187-200	kl. Speiseerbs.	27-33	26,5-32,5
Futtergerste	173-186	173-186	Futtererbsen	22-27	22-27
Hafer, märk.	195-206	195-206	Peluschken	22-27,5	22,5-27,5
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	23-26	23-26
westpreuß.	—	—	Wicken	32-33	32-35
Weizenmehl			Lupin., blaue	13,5-15,5	13-15
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	17,5-19,5	17,5-19,5
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	13,7-13,9	13,7-13,9
Mrk. ü. Not.	37,2-39,5	37-39,2	Leinkuchen	17,6-17,8	17,6-17,8
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,9-10,3	9,9-10,3
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,5-19,8	19,5-19,8
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	25,2-26,7	25,2-26,5	Kartoffelflck.	20,3-20,6	20,2-20,6

* **Butterpreise.** Per Zentner: 1. Qualität 155 M., 2. Qualität 137 M., abfallende 117 M. Tendenz: Stetig.

* **Eiernotierungen.** a) Inländische Eier (in Pf. und je Stück): 1. große, vollfrische, gestempelte Inlandseier 12, 2. frische Inlandseier über 55 Gramm 10—10,50, 3. frische Inlandseier unter 55 Gramm 8—8,50, 4. aussortierte Schmutz- und kleine Eier 6,50—7; b) Auslandseier: 1. extra große Eier 12,50—13,25, 2. große Eier 10,25—10,50, 3. normale Eier 8—9,50, 4. kleine und Schmutzeier 6—7,50. Tendenz: Matt.

* **Kartoffelerzeugerpreise** (je Zentner waggonfrei märkische Station): Weiße Kartoffeln 1,40—1,70, rote Kartoffeln 1,80 bis 2,20, gelbfleischige Kartoffeln 2,60—3,20 M.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 13. Juni 1926 (2. Trinit.) Vormittag 9 Uhr Beichte u. heilig Abendmahl (P. Kuske.) 9.30 Uhr Gottesdienst (P. Kuske.) 11 Uhr Kindergottesdienst (Vikar Trenner.)

Kollekte: Diakonissenmutterhaus in Grünberg.

Vereins-Kalender

Volksbibliothek Bad Warmbrunn. Bücherausgabe am Montag von 3,30—4,30 Uhr.

Stenographenverein „Stolze-Schrey". Jeden Donnerstag abend von 8 Uhr ab Uebungsabend in der Evangelischen Schule.

Schützenggilde. Jeden Mittwoch von 3 Uhr nachmittags ab Schießen auf dem Scholzenberg.

Freiwillige Sanitätskolonne. Sonnabend abend 8 Uhr Versammlung im Hotel Viktoria

Katholisches Hilfswerk

e. V. — Sitz Berlin

Ehren-Vorsitzender: Herr Weihbischof Dr. Deitmer.

Leistungen: Nach dreimonatlicher Mitgliedsschaft steht jedem Mitglied im Todesfalle zur Bestreitung einer christlichen Erdbestattung der Betrag von 200 Mk. zu. Nach zweijähriger Mitgliedsschaft erhalten:

a) Brautleute eine Trauungsbeihilfe von 50 Mk.
b) Ehepaare eine Taufbeihilfe von 30 Mk.

Beiträge: Vom 7. bis 17. Lebensjahre monatlich 0,30 Pf. vom vollendeten 17. bis 50. Lebensjahre montl. 0,40 Pf. vom vollendeten 50. bis 60. Lebensjahre monatl. 0,50 Pf.

Eintrittsgeld vom 7. bis 60. Lebensjahre 1 Mk., über 60 Jahre in Altersabteilung 75 Mk. einmalig.

Interessenten wollen sich, wenn in ihrer Pfarrergemeinde eine Geschäftsstelle des Katholischen Hilfswerks vorhanden ist, an den Schatzmeister Herrn **Satke**, Berlin N. 113, Dunckerstr. 27 II, Fernsprecher Humboldt 1454 wenden.

„Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs-Gefangener"
(Ortsgruppe Hirschberg)

Sonnabend, den 12. Juni 1926, abends 8 Uhr:

Wander-Versammlung

nach Bad Warmbrunn.

„Deutsches Haus" [nicht „Preussische Krone"]

Alle Kameraden von nah und fern sind herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Hautröte

sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blütchen, Mitesser, Finnen, Pickeln, Pusteln usw. verschwinden durch täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

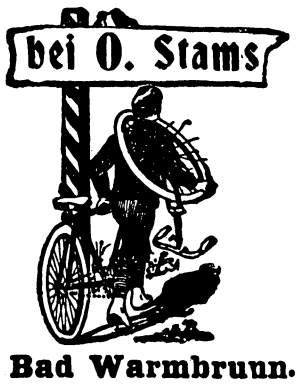
von Bergmann & Co., Radebeul.
:: :: Überall zu haben.

Hühneraugen

verursachen häufig furchtbare Schmerzen. Das vielmillionenfach bewährte Kultirol-Hühneraugen-Pflaster befreit Sie davon. Eine Packung kostet nur 75 Pfg. Das wohltuende Kultirol-Fußbad (Probepackung 30 Pfg., Doppelpackung 50 Pfg.) erhöht die Wirkung des Kultirol-Pflasters und stärkt die Fußnerven und Muskeln.

Schloss-Apotheke in Bad Warmbrunn,
in Herischdorf: Kronen-Apotheke K. Tschanter.

Wo bekomme ich mein Fahrrad repariert und erhalte Ersatzteile, Gummi, Laternen, Glocken, etc.



Maschinenbauanstalt, Bad Warmbrunn.

Erststellige Aufwertungs-Hypotheken

werden von einem amerikanischen Konsortium

zu den günstigsten Bedingungen gegen Barzahlung aufgekauft.

Die Vermittlung übernimmt die **Handels- u. Gewerbebank** zu Bad Warmbrunn, die auch an jedermann während ihrer Geschäftsstunden Auskunft erteilt.

Ständiges Lager

sämtlicher homöopathischer und biochemischer Mittel

Schloss-Apotheke, Bad Warmbrunn

Tafelbutter

täglich frisch Pfund 1.35 Mk. ab hier in Postkollis empfiehlt

Grundbesitzer Gerull, Skuldeinen
bei Kaukehmen (Ostpreußen).

1a. Molkerei-Butter

per Pfund 1.50 Mark ab Tilsit, versendet in Postpaket gegen Nachnahme

Fritz Bombor, Tilsit 5.
Beamte erhalten ohne Nachnahme.

Kur-Theater

Bad Warmbrunn

Sonntag, 7.30 Uhr:
Grosser Erfolg!
„Marietta"
Operette von Walter Kollo.

Dienstag, 7.30 Uhr:
zum ersten Mal
„Uschi"
Operette von Gilbert.

ERFINDER
Selbstanmeldung, Fabrikation, Vertrieb oder Barverkauf f. alle Staaten
Anleitung durch
Walter & Co.
Breslau 2.